

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung	1
B. Der Auslandseinsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte	11
I. Der Einsatz der Streitkräfte zur Verteidigung	11
1. Art. 87 a Abs. 1 Satz 1 GG als Grundnorm der Staatsaufgabe Verteidigung	11
2. Die Bedeutung von Art. 87 a Abs. 2 GG	13
3. Verteidigung im Sinne des Art. 87 a GG	19
a) Einsatzraum und Verteidigung	19
b) Die Gleichsetzung von Verteidigung und Verteidigungsfall	20
c) Verteidigung als Abwehr von außen herrührender Angriffe	22
d) Das völkerrechtsorientierte Verständnis von Verteidigung	23
e) Verteidigung als Schutz völkerrechtlich geschützter Rechtsgüter Deutschlands	24
f) Verteidigung und Friedenssicherung	24
g) Verteidigung als Wahrung oder Wiederherstellung des äußeren Friedens	25
h) Verteidigung als Landes- und Bündnisverteidigung	26
i) Weitere Deutungen des Begriffs Verteidigung	27
j) Bewertung	27
4. Die Abwehr eines militärischen Angriffs	34
5. Die Abwehr eines bewaffneten Angriffs von außen	35
6. Anschläge von außen unterhalb der Schwelle des bewaffneten Angriffs	40
7. Verteidigung und Terrorismusbekämpfung durch die Streitkräfte	42
a) Das Verschwimmen der Grenzen von äußerer und innerer Sicherheit	42
b) Landesverteidigung gegen den Terrorismus im Spiegel der Meinungen	45
c) Bewertung	54
8. Terroristische Anschläge und Verteidigungsfall	59
9. Terrorismus und Luftsicherheit – Das Luftsicherheitsgesetz und das Luftsicherheitsurteil des Bundesverfassungsgerichts	60
a) Das Luftsicherheitsgesetz	60
b) Das Meinungsbild im Schrifttum	63
10. Der <i>nichtkriegerische</i> terroristische Luftzwischenfall	83
a) Die Gesetzgebungskompetenz	83

b) Der besonders schwere Unglücksfall	84
c) Der präventive Einsatz der Streitkräfte	86
d) Der Einsatz militärischer Waffen	87
aa) Die Begründung des Bundesverfassungsgerichts	87
bb) Bewertung	88
e) Entscheidung der Bundesregierung oder des Verteidigungsministers?	89
aa) Die Begründung des Bundesverfassungsgerichts	89
bb) Bewertung	89
f) Die Tötung tatunbeteiligter Personen	90
g) Der finale Rettungsschuß	92
11. Die Reaktionen auf das Flugsicherheitsurteil des Bundesverfassungsgerichts	93
a) Das Meinungsbild	93
b) Bewertung	109
12. Der <i>kriegerische</i> Luftzwischenfall und der Einsatz der Streitkräfte zur Verteidigung	113
a) Der kriegerische Luftzwischenfall	113
b) Die Abgrenzung des kriegerischen vom nichtkriegerischen Luftzwischenfall	120
c) Der kriegerische Luftzwischenfall und die Anwendung der Grundrechte	121
aa) Das Meinungsbild	122
bb) Bewertung	132
13. Das Verbot des Angriffskrieges (Art. 26 GG)	138
II. Die Einordnung der Bundesrepublik Deutschland in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit	140
1. Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit und das Grundgesetz	140
a) Art. 24 Abs. 2 GG als Ermächtigungsgrundlage	140
b) Auslandseinsätze deutscher Streitkräfte ausschließlich in Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit?	144
c) Die Voraussetzungen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit	146
d) Die Vereinten Nationen	149
e) NATO	149
f) Westeuropäische Union (WEU)	152
g) Europäische Union (EU)	152
2. Die Zustimmung des Bundestages nach Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG	153
3. Einsätze im Rahmen der Vereinten Nationen	155
a) Militärische Zwangsmaßnahmen der VN	155

b) VN-Friedenstruppen und andere friedenserhaltende oder friedensschaffende Operationen	156
4. Militärische Einsätze im Rahmen der NATO/WEU	158
5. Militärische Einsätze im Rahmen der EU	159
 III. Das Grundgesetz und sonstige Einsätze und Verwendungen der Streitkräfte im Ausland	 160
 IV. Exkurs: Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr auf See	 163
1. Das seewärtige Staatsgebiet	163
2. Einsätze der Streitkräfte im seewärtigen Staatsgebiet	165
3. Der Angriff von außen	165
4. Militärische Einsätze auf Hoher See und das Völkerrecht	166
5. Militärische Einsätze deutscher Streitkräfte auf Hoher See und das Grundgesetz	171
a) Militärische Einsätze der Bundeswehr auf Hoher See nach Art. 87 a Abs. 1 Satz 1 GG	171
b) Militärische Einsätze der Bundeswehr auf Hoher See auf der Grundlage von Art. 24 Abs. 2 GG	171
c) Militärische Einsätze der Bundeswehr auf Hoher See außerhalb von Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit	172
aa) Das Meinungsbild zum Einsatz deutscher Streitkräfte auf Hoher See	172
bb) Bewertung	174
6. Militärische Einsätze deutscher Streitkräfte auf Hoher See und die konstitutive Beteiligung des Deutschen Bundestages	175
 C. Einsatz der Streitkräfte und Organkompetenz der Bundesregierung	 176
 D. Auswärtige Gewalt, der Einsatz der Streitkräfte und der Deutsche Bundestag	 177
I. Auswärtige Gewalt und Deutscher Bundestag im Spiegel der Meinungen	177
1. Die auswärtige Gewalt als Prerogative der Regierung	178
2. Die auswärtige Gewalt als kombinierte oder gemischte Gewalt	179
 II. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bis zum Streitkräfteurteil	 181
1. Die frühe Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	181
2. Das Nachrüstungsurteil (Pershing) des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Dezember 1984	181

III. Das Streitkräfteurteil des Bundesverfassungsgerichts	
vom 12. Juli 1994	184
1. Die Verfahren	184
2. Das Streitkräfteurteil, die Auswärtige Gewalt und der Deutsche Bundestag	185
3. Das Streitkräfteurteil und der konstitutive Parlamentsvorbehalt	186
4. Bewertung	189
a) Das operative Übergewicht der Bundesregierung beim Auslandseinsatz der Streitkräfte	189
b) Dogmatische Defizite des Streitkräfteurteils	199
c) Neue Begründungszusammenhänge	201
IV. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum neuen Strategischen Konzept der NATO vom 22. November 2001	208
1. Das Urteil vom 22. November 2001	208
2. Bewertung	209
V. Der AWACS II-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 25. März 2003	210
1. Der Beschluß vom 25. März 2003	210
2. Bewertung	212
VI. Der Einsatz der Tornado RECCE der Bundeswehr in Afghanistan	218
1. Die Mission ISAF in Afghanistan	218
2. Die Operation ENDURING FREEDOM in Afghanistan	219
3. Das Zusammenwirken der Mission ISAF und der Operation ENDURING FREEDOM	219
4. Der Einsatz der Tornado RECCE der Bundeswehr in Afghanistan	220
5. Die Tornado-Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts	221
a) Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 9. März 2007	221
b) Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 29. März 2007	222
c) Bewertung	223
6. Das Tornado-Urteil des Bundesverfassungsgerichts	224
a) Das Tornado-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. Juli 2007	224
b) Bewertung	227

E. Einsätze der Bundeswehr in der Staatspraxis	231
I. Nicht zustimmungsbedürftige Einsätze der Bundeswehr	231
1. Mittelbare Beteiligung der Bundeswehr an Friedensmissionen der VN	231
2. Die Dislozierung von AWACS-Flugzeugen im Oktober 2001 in die USA	231
3. Der AWACS-Einsatz im Luftraum der Türkei im Jahre 2003	233
4. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 21. Mai 2003	238
5. Das Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr	240
II. Zustimmungsbefürftige Einsätze der Bundeswehr	242
1. Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr in der 12. Wahlperiode	242
2. Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr in der 13. Wahlperiode	243
3. Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr in der 14. Wahlperiode	245
4. Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr in der 15. Wahlperiode	248
5. Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr in der 16. Wahlperiode	252
F. Einsatz der Streitkräfte und das Völkerrecht	256
I. Die Bindung deutscher Staatsorgane an das Völkerrecht	256
II. Das Gewaltverbot des Art. 2 Ziff. 4 SVN	257
III. Ausnahmen vom Gewaltverbot	260
1. Zwangsmaßnahmen des Sicherheitsrats	260
2. Das Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 SVN	261
IV. Der bewaffnete Angriff	262
V. Nichtstaatliche Gewalt	266
1. Staatliche und nichtstaatliche Gewalt	266
2. Die Zurechnung eines bewaffneten Angriffs	272
VI. Die Zulässigkeit präemptiver oder präventiver Anwendung militärischer Gewalt	276

VII. Die humanitäre Intervention	287
1. Humanitäre Intervention bei schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen	287
a) Die Diskussion der humanitären Intervention	287
b) Bewertung	290
2. Humanitäre Intervention zur Rettung eigener oder fremder Staatsangehöriger	291
a) Der Stand der Diskussion	291
b) Bewertung	292
G. Das Parlamentsbeteiligungsgesetz vom 18. März 2005	293
§ 1 Grundsatz	293
1. Der Anwendungsbereich des PBG	293
2. Gesetz oder Geschäftsordnung	296
3. Auslandseinsätze der Bundeswehr und das PBG	298
4. Die Zustimmung des Deutschen Bundestages	299
5. Die Kritik am nationalen Zustimmungsverfahren	299
6. Bewertung	305
§ 2 Begriffsbestimmung	309
1. Der „bewaffnete Einsatz“ und die Reichweite des konstitutiven Parlamentsvorbehalts	309
2. Der „Einsatz bewaffneter Streitkräfte“ im Spiegel der Meinungen	311
3. Vom Bundesverfassungsgericht benannte Einsatzarten bewaffneter Streitkräfte	316
4. Der „Einsatz bewaffneter Streitkräfte“ i. S. des § 2 Abs. 1 PBG	317
a) Krieg, kriegsähnliche Operationen, Kampfhandlungen	318
b) Die Gefahr, in Kampfhandlungen einbezogen zu werden	323
c) Der konkrete Einsatz bewaffneter Streitkräfte	327
d) Die Bewaffnung	330
5. Militärischer Einsatz und Selbstverteidigung	331
6. Die mittelbare Beteiligung an einer bewaffneten Unternehmung	331
7. Konstitutiver Parlamentsvorbehalt und militärische Integration	334
a) Militärische Integration	334
b) Grundlagen der militärischen Integration	335
c) Unterstellungsverhältnisse von Bundeswehr-Soldaten in integrierten Verwendungen der NATO	336
d) Die militärische Integration der Bundeswehr und die Staatspraxis in Deutschland	337

e) Die militärische Integration der Bundeswehr und die Reichweite des konstitutiven Parlamentsvorbehalts	338
8. Der räumliche Bezug des konstitutiven Parlamentsvorbehalts	343
9. Sonstige Einsätze bewaffneter Streitkräfte	344
10. Militärische Einsätze deutscher Streitkräfte auf Hoher See und die konstitutive Beteiligung des Deutschen Bundestages	345
11. Humanitäre Einsätze der Bundeswehr	345
12. Nicht vom konstitutiven Parlamentsvorbehalt erfaßte Einsätze	347
§ 3 Antrag	348
1. Die rechtzeitige Vorlage des Antrags der Bundesregierung	348
2. Die Bestimmtheit des Antrags auf Zustimmung	348
3. Konstitutive Zustimmung und Vorratsbeschluß	353
4. Keine Änderung des Antrags der Bundesregierung durch den Bundestag	354
§ 4 Vereinfachtes Zustimmungungsverfahren	358
1. Die Ziele des Vereinfachten Zustimmungsverfahrens	358
2. Der Ablauf des Vereinfachten Zustimmungsverfahrens	359
3. Der „Einsatz von geringer Intensität und Tragweite“	361
4. Die Verlängerung von Zustimmungsbeschlüssen	362
5. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Vereinfachten Zustimmungsverfahrens	362
§ 5 Nachträgliche Zustimmung	366
1. Das Verfahren bei Gefahr im Verzug	366
2. Voraussetzungen für Gefahr im Verzug	368
§ 6 Unterrichtungspflicht	371
1. Das Recht des Abgeordneten auf Informationen	371
2. Die Informationspflicht der Bundesregierung bei Auslandseinsätzen	372
3. Die Unterrichtungspflicht im Vereinfachten Zustimmungsverfahren	373
4. Das Auskunftsrecht des Parlaments und geheimhaltungsbedürftige Sachverhalte	374
§ 7 Verlängerung von Einsätzen	376
1. Verlängerung von Einsätzen und Vereinfachtes Zustimmungsverfahren	376
2. Anträge auf Verlängerung einer Genehmigung kurz vor Ablauf der ursprünglichen Genehmigung, § 7 Abs. 2 PBG	376

§ 8 Rückholrecht	378
1. Die Fassung des § 8 PBG	378
2. Das Rückholrecht im Spiegel der Meinungen	378
3. Bewertung	385
4. Die rechtlichen Bindungen des Rückholrechts	387
5. Die Rechtsfolgen eines Rückholbeschlusses	388
§ 9 Inkrafttreten	389
H. Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages und das PBG	
§ 96 a GO-BT Verfahren nach dem Parlamentsbeteiligungsgesetz	390
1. Einführung	390
2. Zu § 96 a Abs. 1 GO-BT (Voraussetzungen für Sondersitzungen der Ausschüsse nach Eingang eines Antrags im vereinfachten Zustimmungsverfahren)	391
3. Zu § 96 a Abs. 2 GO-BT (Ausführungsregelungen zum Verlangen auf Plenarbefassung bei Antrag im vereinfachten Zustimmungsverfahren)	392
4. Zu § 96 a Abs. 3 GO-BT (Klarstellungen zur Behandlung der Unterrichtungen durch die Bundesregierung)	393
5. Zu § 96 a Abs. 4 GO-BT (Bekräftigung des Geheimschutzes)	395
I. Der konstitutive Parlamentsvorbehalt als Beteiligungsrecht des Deutschen Bundestages	396
I. Der konstitutive Parlamentsbeschluß	396
II. Konstitutiver Parlamentsbeschluß oder Parlamentsgesetz	402
III. Rechtliche Bindungen des Bundestages bei der Wahrnehmung des konstitutiven Parlamentsvorbehalts	403
IV. Kanzlermehrheit oder einfache Mehrheit	404
J. Resümee und Ausblick	405
Literaturverzeichnis	406